

Gemeinsamer Antrag von Selbstorganisationen afrikanischer und Schwarzer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und solidarischer Nichtregierungsorganisationen an die Bezirksversammlung Hamburg-Wandsbek

A N T R A G

- **Umbenennung von Wandsbeker Straßen, die die Kolonialverbrecher Hermann Wissmann und Hans Dominik ehren, nach Persönlichkeiten des antikolonialen Widerstandes in den ehemaligen Kolonien „Deutsch-Ostafrika“ und Kamerun, deren Namen von Nachfahren der Opfer selbst vorgeschlagen werden**
- **Einrichtung eines Runden Tisches zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Dekolonisierung des öffentlichen Raums in Hamburg-Wandsbek unter aktiver Einbeziehung der Selbstorganisationen afrikanischer und Schwarzer Menschen in Deutschland und solidarischer Nichtregierungsorganisationen**
- **Erarbeitung eines kolonialkritischen Lern- und Erinnerungskonzepts für das kolonialrevisionistische NS-Denkmalensemble auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne im Stadtteil Jenfeld unter aktiver Einbeziehung der Selbstorganisationen afrikanischer und Schwarzer Menschen in Deutschland und solidarischer Nichtregierungsorganisationen sowie von Expert_innen und Künstler_innen aus Hamburgs tansanischer Partnerstadt Dar es Salaam**

B E G R Ü N D U N G

Die Bezirksversammlung von Hamburg-Wandsbek hat am 22.11.2012 dem Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktion (Drucksachen-Nr. 19/2916) zur „Umbenennung des Dominikweges und der Wissmannstraße“ stattgegeben. Nach vergleichbaren Aktivitäten in mehreren bundesdeutschen Städten hat sich damit erstmals auch ein Hamburger Stadtbezirk für die Umbenennung von Straßen, deren Namen verbrecherische Kolonialakteure ehren, ausgesprochen.

Die unterzeichnenden Verbände, Vereine und Initiativen, ohne deren lokales und bundesweites Engagement es diesen Beschluss nicht gegeben hätte, begrüßen die Initiative der Bezirksversammlung Wandsbek, sofern sie sich als eine *erste* Maßnahme zur kritischen Auseinandersetzung mit der Hamburger Kolonialgeschichte und zur umfassenden Dekolonisierung des öffentlichen Raums erweist.

Die Unterzeichnenden weisen jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass die kommentarlose Tilgung von Straßennamen, die Kolonialverbrecher ehren, der kritischen Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus als Ursache eines bis in die heutige Zeit wirkenden Rassismus nicht dienlich ist. Vielmehr befördert die Beseitigung der historischen Spuren die anhaltende Verleugnung und Verdrängung kolonialrassistischer Verbrechen aus dem kollektiven Gedächtnis *weißer* Europäer_innen.

Die Unterzeichnenden Verbände machen die Bezirksversammlung Wandsbek darauf aufmerksam, dass sich die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Unterzeichnung der Abschlusserklärung der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus

in Durban 2001 zur aktiven Einbeziehung von Afrikaner_innen und Menschen der Afrikanischen Diaspora sowie zu einer dekolonisierenden Erinnerungspolitik verpflichtet hat:

§ 32 Wir anerkennen den Wert und die Vielfalt des kulturellen Erbes der Afrikaner_innen und der Menschen afrikanischer Abstammung und bekräftigen, wie wichtig und notwendig es ist, ihre volle Einbeziehung in das soziale, wirtschaftliche und politische Leben zu gewährleisten und so ihre volle Mitwirkung auf allen Ebenen des Entscheidungsprozesses zu erleichtern; [...]

§ 99 Wir anerkennen und bedauern zutiefst, dass Sklaverei, Sklavenhandel, der transatlantische Sklavenhandel, Apartheid, Kolonialismus und Völkermord Millionen von Männern, Frauen und Kindern schwerstes Leid und tragisches Elend angetan haben, wir fordern die betreffenden Staaten auf, den Opfern der Tragödien der Vergangenheit ein ehrendes Andenken zu bewahren, und bekräftigen, dass diese Tragödien verurteilt werden müssen, wo und wann immer sie aufgetreten sind, und dass ihr erneutes Auftreten verhütet werden muss. Wir bedauern, dass diese politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Praktiken und Strukturen zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz geführt haben.

Für die Hafen- und Handelsstadt Hamburg, die mit dem afrikanischen Kontinent und mit der Geschichte des Kolonialismus enger verknüpft ist als jede andere Stadt der Bundesrepublik, ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung. Dieser Verantwortung wird die Stadt Hamburg bisher nicht gerecht. So hat sie bislang weder Menschen in Afrika noch in der Afrikanischen Diaspora zur Darstellung ihrer Geschichte(n) eingeladen. Eine unmissverständliche Verurteilung kolonialrassistischer Verbrechen lässt sich in Hamburgs öffentlichem Raum, in dem zahlreiche koloniale Erinnerungsorte und Spuren zu finden sind, nicht entdecken. Kein einziger Ort erinnert der zahlreichen afrikanischen und Schwarzen Opfer des Kolonialismus. Nirgendwo gedenkt die Stadt afrikanischer Persönlichkeiten des antikolonialen Widerstands.

Mit Berufung auf die Beschlüsse der UN-Weltkonferenz von Durban haben sich 2010 über 60 Selbstorganisationen afrikanischer und Schwarzer Menschen und solidarischen Nichtregierungsorganisationen sowie zahlreiche Einzelpersonen in der Bundesrepublik Deutschland – darunter auch Abgeordnete der Wandsbeker Bezirksversammlung - für eine umfassende Dekolonisierung des öffentlichen Raums unter aktiver Einbeziehung von Afrikaner_innen und Menschen der Afrikanischen Diaspora ausgesprochen. Die von ihnen verabschiedete Resolution ist vom Deutschen Städtetag zur Empfehlung an alle seine Mitglieder – d.h. auch an Hamburg – verschickt worden.¹ Im März 2012 haben schließlich über 120 Nichtregierungsorganisationen sowie die Bundestagsfraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN dazu aufgerufen, Aktivitäten zu fördern, „die Straßennamen und Denkmäler von Kolonialverbrechern durch die Würdigung afrikanischer Persönlichkeiten ersetzen.“²

¹ NRO-Resolution „freedom roads!“ vom 3.10.2010:

www.freedom-roads.de/frrd/resoluti.htm

Rundschreiben des Deutschen Städtetages vom 31.5.2011:

www.freedom-roads.de/pdf/DeutscherStaedtetag.pdf

² NRO-Resolution „Völkermord verjährt nicht!“ vom 7.3.2012:

www.africavenir.org/de/projektkooperationen/voelkermord-in-namibia.html

Antrag von die LINKE vom 29.2.2012, Drucksache 17/8767:

dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/087/1708767.pdf

Antrag von SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 20.3.2012, Drucksache 17/9033:

dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/090/1709033.pdf

B E S C H L U S S V O R S C H L A G

Die Bezirksversammlung Wandsbek möge daher beschließen:

1. Die Bezirksversammlung bewahrt den kolonialhistorischen Kontext der bisherigen Straßennamen und spricht sich für eine Umbenennung der Wissmannstraße und des Dominikwegs im Sinne eines posthum ehrenden Gedenkens an tansanische oder kamerunische Persönlichkeiten aus, die Widerstand leisteten gegen den deutschen Kolonialismus und/oder dessen Opfer wurden. Die Umbenennung des Berliner „Gröbenufers“ in „May-Ayim-Ufer“ in 2009/2010 soll dabei als Vorbild dienen.
2. Die Bezirksversammlung begreift die Straßenumbenennungen als Beitrag zu einer symbolischen Wiedergutmachung für die Verbrechen des deutschen Kolonialismus und erbittet von den Nachfahren der Opfer aus Tansania und Kamerun Vorschläge für neue Namensgeber_innen.
3. Die Bezirksversammlung bittet die Nachfahren der Opfer aus Tansania und Kamerun, Expert_innen und Gestalter_innen vorzuschlagen, die mit der Anfertigung von Informationstafeln betraut werden, welche dauerhaft über die alten und neuen Namensgeber_innen der Straßen sowie über die Gründe für die Umbenennungen Auskunft geben.
4. Die Bezirksversammlung lädt interessierte Personen, Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft - insbesondere die Black Community Hamburg und die unterzeichnenden Organisationen - zu einem Runden Tisch ein, mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept zur Dekolonisierung des öffentlichen Raums in Wandsbek zu erarbeiten und umzusetzen.
5. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt Hamburg und unter aktiver Einbeziehung der Selbstorganisationen afrikanischer und Schwarzer Menschen sowie solidarischer Nichtregierungsorganisationen und von Expert_innen und Künstler_innen aus Hamburgs tansanischer Partnerstadt Dar es Salaam erarbeitet der Bezirk Wandsbek ein kolonialkritisches Lern- und Erinnerungskonzept für das kolonialrevisionistische NS-Denkmalensemble auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld.

Hamburg, 22. Januar 2013

Kamerun Komitee e.V. Hamburg
Black History Month - Hamburg
Arbeitskreis Hamburg Postkolonial
Afrikarat Norddeutschland e.V.
Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, ISD-Bund e.V.
AfricAvenir International e.V.
Initiative freedom roads!
CulturCooperation e.V.
Afrika-Rat, Dachverband afrikanischer Initiativen und Vereine in Berlin-Brandenburg e.V.
Arbeitskreis Panafrikanismus München e.V.
Berlin Postkolonial e.V.

Arca - Afrikanisches Bildungszentrum e. V.
Solidaritätsdienst International e.V. (SODI)
Portal lesbengeschichte.de
Friedenszentrum e.V.
Infozentrum Globales Lernen "Bramfelder Laterne"

NaturFreunde Deutschlands

NaturFreunde Berlin

Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag BER e.V.

[muc] münchen postkolonial

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Tanzania-Network.de e.V.